

KÜRZUNG DER WOHNBEIHILFE UM RUND 25 PROZENT

Mieter in der Armutsfalle



Die ständig steigenden Mieten und Betriebskosten bedeuten für immer mehr Grazerinnen und Grazer die Gefährdung selbst einer bescheidenen Lebensführung. Die damit einhergehende Kürzung der Wohnbeihilfe bringt für viele echte Existenzängste. Mindestpensionisten, Alleinerziehende oder Arbeitslose sind längst nicht mehr die einzigen, die sich schlicht und einfach das Dach über dem Kopf nicht mehr leisten können. Mittlerweile sind es auch Berufstätige, deren Löhne nicht ausreichen, ihre Wohnungen zu bezahlen. Auch für sie ist die Wohnbeihilfe des Landes Steiermark notwendig, um nicht obdachlos zu werden. Die rund 25(!)-prozentige Kürzung der Wohnbeihilfe trifft alle.

Eine Gruppe von Menschen ist davon besonders betroffen: Jene Väter und Mütter, die für ihre bei ihren Ex-Partner/innen lebenden Kinder Alimente bezahlen. Im Büro von Stadträtin Elke Kahr häufen sich die Fälle, in denen Menschen, die ihren Alimentationsverpflichtungen gegenüber ihren Kindern nachkommen, Gefahr laufen, ihre Wohnungen zu verlieren.

Grüne, ÖVP und SPÖ gegen Verbesserungen bei der Wohnbeihilfe

Um dieser bedenklichen Entwicklung wenigstens ein bisschen entgegenzuwirken, stellte die KPÖ im Gemeinderat den Antrag, bei der Berechnung des Einkommens des Wohnbeihilfenwerbers die von ihm bezahlten Alimente bei der Ein-

kommensberechnung zu berücksichtigen. Der Antrag wurde mit den Stimmen von ÖVP, SPÖ und Grünen abgelehnt.

Begründungen der Ablehnung

Während die ÖVP zwei Gruppen von hilfsbedürftigen Menschen gegeneinander ausspielen möchte („Wenn man bei den alimentationspflichtigen Wohnbeihilfenwerbern die von ihnen geleisteten Alimente vom Einkommen abzieht, dann soll man andererseits auch erhaltene Alimente zum Einkommen der alimentationsbeziehenden Wohnbeihilfenwerber hinzuzählen“), bedienen sich die Grünen einer Methode, die sie in letzter Zeit immer öfter dann anwenden, wenn man aus Koalitionsgenossenschaft gegenüber der ÖVP

Mieter-Notruf

Tel. 0316 71 71 08

Beratung und Hilfe in allen Wohnungsangelegenheiten. Mit KPÖ-Wohnungsstadträtin Elke Kahr



Anträge der KPÖ ablehnen muss, denen man früher zugestimmt hätte: „Der Antrag ist undeutlich formuliert, wir verstehen ihn nicht“. Dass auch die Grazer SPÖ gegen Verbesserungen bei der Wohnbeihilfe stimmte, verwundert mittlerweile niemanden mehr. Vielleicht liegt es auch daran, dass man in der Partei, die immerhin die Sozialstadträtin stellt, Alimente (für Kinder) mit Unterhaltsleistungen (für Ex-

Ehepartner) verwechselte. **KPÖ Stadträtin Elke Kahr:** „Es kann nicht sein, dass jene, die ohnehin jeden Cent zweimal umdrehen müssen, um sich wenigstens ein bescheidenes und halbwegs menschenwürdiges Leben leisten zu können, von der Politik für die Spekulationsverluste von Banken und Konzernen verantwortlich gemacht werden. Wir werden in dieser Frage nicht lockerlassen!“



Foto: Fegerl, www.gegen-armut.at

Die 25prozentige Kürzung der Wohnbeihilfe trifft auch Berufstätige.

TATORT **BERATUNG**

Arbeitsplatz **in Fragen des ARBEITSLEBENS und BERUFSALLTAGS**

jeden MONTAG von 16 bis 18 Uhr
in der Lagergasse 98 a - 8010 Graz

oder Tel. 0660 / 1426 080

E-Mail: glb@glb-steiermark.at
http://www.glb-steiermark.at/



GEWERKSCHAFTLICHER LINKSBLOCK STEIERMARK



GLB IM OGB